

20.09.2022

Antrag

der Fraktion der SPD

Unterstützung jetzt! - Starke Kommunen und Stadtwerke als Stützen in der Energiekrise

I. Ausgangslage

Die infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine entstandenen Energiepreise schlagen sich in nahezu allen Lebens- und Politikbereichen nieder. So sind auch die Kommunen und kommunalen Unternehmen davon betroffen. Insbesondere Stadtwerke leiden unter hohen Energiepreisen.

Für Stadtwerke spitzt sich einerseits die Kosten- und Angebotsseite dramatisch zu. Die drastisch gestiegenen Einkaufspreise von Strom und Gas und die an den Terminmärkten immer umfangreicheren zu hinterlegenden Sicherheiten sind zunehmend belastend. Dabei wird es immer schwieriger, Gasmengen für Neukundinnen und Neukunden bereitzuhalten. Andererseits rechnen nachfrageseitig viele Stadtwerke mittlerweile mit Zahlungsausfällen ihrer Kundinnen und Kunden von bis zu 15 Prozent. Das gefährdet die kommunale Energieversorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen und droht massive Kaskadeneffekte in der kommunalen Wirtschaft nach sich zu ziehen. Diese Kombination könnte für nicht wenige Stadtwerke existenziell gefährdende Ausmaße annehmen.

In der Folge drohen den Kommunen als Eigentümer der Stadtwerke finanzielle Schwierigkeiten. In Schieflage geratene kommunale Tochterunternehmen werden aus den kommunalen Haushalten gestützt werden müssen. Ausbleibende Gewinne, die nicht selten im Querverbund zur Finanzierung anderer Dienste der Daseinsvorsorge wie beispielsweise der Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs oder von Schwimmbädern verwandt werden, reißen Löcher in die kommunalen Haushalte. Diese fehlenden Mittel müssen anderweitig aufgefangen werden oder führen zu einer Einschränkung des Angebots. Gepaart mit steigenden Zinsen für kommunale Verschuldung, steigende Energiekosten auch für kommunale Liegenschaften sowie einer zunehmenden Belastung im Bereich der Kosten der Unterkunft ergibt sich ein gefährlicher Mix, den Finanzverantwortlichen in Städten, Gemeinden und Kreisen die Schweißperlen auf die Stirn treibt.

Kommunen und Stadtwerke sind für die Energiewende vor Ort unerlässlich. Sie sind darüber hinaus Garanten für die Daseinsvorsorge der Menschen in unserem Land.

Stadtwerke arbeiten mit Hochdruck an einer sicheren, bezahlbaren und klimaneutralen Energieversorgung. Sie haben dabei stets das Allgemeinwohl und nicht Gewinne um jeden Preis im Blick. Sie generieren Wertschöpfung vor Ort und sichern damit gute Arbeit auch in strukturschwachen Regionen.

Vielerorts geht das Leistungsspektrum weit über die Energieversorgung hinaus: Abfallentsorgung, öffentlicher Nahverkehr, Straßenbeleuchtung, Parkhäuser, Schwimmbäder und

Datum des Originals: 20.09.2022/Ausgegeben: 22.09.2022

Digitalisierungsprojekte gehören zum Leistungsspektrum. Mit Blick auf die Energiewende sind Windparks, Photovoltaikanlagen, Speichertechnik und Ladesäuleninfrastruktur im Portfolio.

Nicht selten bieten Stadtwerke und auch Kommunen Energieberatung für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen an. Sie leisten damit eine wesentliche und ganz praktische Unterstützung bei der Bewältigung der aktuellen Energiekrise.

Alles in Allem: Kommunen, Stadtwerke und kommunale Unternehmen bilden das infrastrukturelle Rückgrat unserer Heimat vor Ort. Nicht nur die großen Player des internationalen Gas- und Energiehandels, sondern auch die großen Player der Direktversorgung für so viele Anschlüsse in Unternehmen und Haushalten sind systemrelevant.

Sie brauchen dringend Unterstützung und Absicherung bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen.

Der Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), Ingbert Liebing, fordert daher seit geraumer Zeit einen Schutzschirm für Stadtwerke. Auch die Stimmen aus der Landschaft der einzelnen Stadtwerke, die nach einem Schutzschirm rufen, werden immer lauter.

Laut Zeitschrift "Der Neue Kämmerer" werde das finanzielle Risiko der Stadtwerke in der Bankenwelt zunehmend kritisch beobachtet.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Markus Lewe, warnte bereits vor einer "Zerreißprobe". Es brauche Liquiditätshilfen wie Bürgschaften sowie ein Insolvenzmoratorium.

Hatte Kommunalministerin Scharrenbach ursprünglich einen vergleichbaren Schutzmechanismus wie im Rahmen des Corona-Pakets angekündigt, verweist sie – angesprochen auf einen Schutzschirm für Stadtwerke – wieder lediglich auf den Bund. Sie steht damit in konsequenter Linie des Ministerpräsidenten, der bisher keinerlei Konzept für irgendeine der anstehenden Herausforderungen vorgelegt hat. Vielmehr scheint nicht einmal die Bereitschaft vorhanden, als Landesregierung eigene Verantwortung wahrzunehmen. Im Gegenteil: es wird sogar mit der Blockade von Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung gedroht.

Das ist ein verheerendes Signal in die Landschaft der kommunalen Familie und kommunalen Unternehmen.

Diverse Bundesländer und die Bundesregierung befinden sich bereits in Planungen für die Umsetzung diverser Unterstützungen für Stadtwerke. Es ist jetzt die Aufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen sich diesen Planungen anzuschließen und an den Unterstützungen zu beteiligen sowie deren Umsetzung zu unterstützen.

II. Der Landtag stellt fest:

- Kommunen und kommunale Unternehmen bilden das infrastrukturelle Rückgrat unserer Heimat vor Ort – sie sind systemrelevant.
- Stadtwerke und Kommunen leisten überragend wichtige Arbeit für die Bewältigung der Energiewende.
- Stadtwerke und kommunale Unternehmen brauchen einen Sicherungsmechanismus, um in ihrer Existenz erhalten zu bleiben.
- Kommunen brauchen bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen finanzielle Unterstützung, rein haushaltstechnische Hilfestellungen sind nicht ausreichend.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. einen Energiegipfel mit den Kommunalen Spitzenverbänden, den kommunalpolitischen Vereinigungen sowie dem Verband kommunaler Unternehmen sowie weiterer relevanter Akteure durchzuführen.
2. Kommunen bei der Bewältigung der Energiepreiskrise mit tatsächlichen Finanzmitteln zu unterstützen und sich nicht lediglich auf beabsichtigte Haushaltstechnik zu beschränken.
3. einen Energiepreisdeckel auch für Kommunen und kommunale Unternehmen zu prüfen.
4. eine Koordination bei der von Kommunen geforderten Energieeinsparung zu übernehmen und bei der Priorisierung zu unterstützen.
5. einen Schutzschirm für Stadtwerke aufzulegen, der Liquiditätsengpässe und Insolvenzrisiken unter anderem über Bürgschaften – gegebenenfalls unter Einbindung der NRW.Bank – auffängt; ferner müssen sie bei der Gewährung von Finanzierungshilfen vollumfänglich einbezogen werden.
6. die hohe Expertise von Stadtwerken bei Projekten der Energiesparberatung und Effizienzprojekten deutlich zu unterstützen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Christian Dahm
Justus Moor

und Fraktion